



**S I D**

**Society for International Development  
Chapter Bonn**

Nachlese zum 127. Entwicklungspolitischen Fachgespräch am 08.03.2018 zum  
Thema:

**Blended Finance**

**Königsweg zur Finanzierung der SDGs?**

Gesprächspartner: Dr. Peter Wolff (DIE)

**Vortrag**

Um die SDGs bis 2030 zu erreichen, muss in den Entwicklungsländern eine Investitionslücke von 2,5 Billionen Euro geschlossen werden. Die Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODAs) reichen bei Weitem nicht aus, um diese Lücke zu schließen. Statt der traditionellen Projektfinanzierung sollen deshalb ökonomische Anreize geschaffen werden, um finanzielle Mittel von den Kapitalmärkten für Entwicklungsinvestitionen zu hebeln. *Blended Finance* ist der Gebrauch von ODA zur Mobilisierung von privaten und öffentlichen Mitteln für die Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern. Dadurch soll Kapital aus privaten und öffentlichen Quellen auf nationaler Ebene sowie privaten und öffentlichen Quellen auf internationaler Ebene mobilisiert werden. Die öffentlichen Mittel vieler Low-Income-Countries reichen wegen der niedrigen Steuerquoten nicht aus, um Entwicklungsinvestitionen zu finanzieren. Daher muss auf nationale und internationale Kapitalmärkte sowie auf die Finanzmittel öffentlicher und privater Banken zugegriffen werden. Langfristiges Kapital befindet sich vor

allein in den Fonds von Institutionellen Anlegern (Versicherungsgesellschaften wie etwa Allianz und AXA, Pensionsfonds in denen die Rentenmittel angelegt werden, Staatsfonds wie etwa der Norwegische oder der Saudi Arabische Staatsfonds, private Investitionsfonds wie etwa Blackrock oder die Investitionsfonds der deutschen Sparkassen) Die Summe der Fonds von institutionellen Investoren wird auf 100 Billionen Euro geschätzt, sodass schon eine Abzweigung von 1% der Fonds ausreichen würde, um die Investitionslücke von 2,5 Billionen Euro in naher Zukunft zu schließen.

Bei der Frage nach der Finanzierung eines Entwicklungsprojekts wird – nach dem Kaskaden- Ansatz der Weltbank - der Einbezug des Privatsektors in vier Ebenen abgestuft. Kommerziell rentable Projekte werden nicht durch Entwicklungsbanken, sondern rein aus privaten Mitteln kommerzieller Banken finanziert. Die zweite Ebene umfasst Projekte, die nur durch eine Risikominderung seitens des Staates finanzierbar ist. In diesem Fall übernehmen Entwicklungsbanken sowie andere staatliche Einrichtungen die Risikominderung, jedoch nicht die Finanzierung des gesamten Projekts. Auf dritter Ebene befinden sich Projekte, die durch öffentlich-private Partnerschaften sowie durch staatliche Subventionen finanziert werden, während die vierte Ebene Projekte umfasst, die allein aus öffentlichen Mitteln, besonders von Entwicklungsbanken finanziert werden. Diese konkurrieren jedoch insgeheim um Projekte, die sich kommerziell rentieren.

Sowohl privaten als auch staatlichen Investmentfonds ist es möglich, mehr oder weniger risikoreiche Investitionen zu tätigen. Wegen ihrer Risikoscheu und wegen scharfer staatlicher Regulierung bevorzugen sie sichere Anlagen in den Industrieländern. Deshalb soll durch Mischung dieser privaten Mittel mit öffentlichen Zuschüssen (Blending in Form von Garantien) eine

Risikominderung erreicht werden, die einen Anreiz für Investitionen in Entwicklungsländern geben soll.

Einen Teil der von den Kapitalmärkten bezogenen Mittel investieren öffentliche Entwicklungsbanken wie die KfW in Entwicklungsländer. Diese „Eigenmittel“ der KfW, die sie durch die Ausgabe von Anleihen erwirbt, werden über die EU-Blending-Plattform vom EU-Haushalt bezuschusst, woraus sich eine Mischung aus öffentlichen Haushaltsmitteln (in diesem Fall vom EU-Haushalt) und Kapitalmarktmitteln ergibt. Ohne die Subventionen der *EU-Kommission* würden Entwicklungsbanken Obergrenzen erreichen, über welche hinaus sie keine weiteren Kredite vergeben könnten. Durch die *EU-Blending Plattformen* kommt also ein größeres Volumen an Kapital für Investitionen in Entwicklungsländer zustande. Ähnlich funktioniert der Juncker-Plan für Investitionen innerhalb der EU, bei dem *Blending* von staatlichen und privaten Mitteln stattfindet. Zur Zeit fehlen jedoch klare Regulierungen bezüglich der prozentualen Höhe der staatlichen Subvention. Dabei ist problematisch, dass den Entwicklungsbanken durch die Zuschüsse Projekte zuteil werden, die einige private Investoren aus eigenen Mitteln finanzieren könnten. Demnach werden private Investoren durch die Subventionierung von Entwicklungsbanken vom Markt der Projektfinanzierung verdrängt. Neuerdings treffen Entwicklungsbanken Preisabsprachen über Kreditkonditionen und Subventionsbedarf, um den Wettbewerb untereinander zu verringern und - wie beim oben genannten Kaskaden-Ansatz – gemeinsame Regeln für das Blending zu entwickeln. Dabei verfügen sie durch ihren Informationsvorsprung und das notwendige Know-How ohnehin über Marktmacht. Das Dilemma besteht daher in der Notwendigkeit einer Subvention, um private Investoren anzuziehen, und

gleichzeitigem Mangel an Regulationen über die Höhe der Subvention, wodurch einer Verschwendung öffentlicher Mittel Vorschub geleistet wird.

*Erläuterungen zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (Februar 2018)*

Bisher verbietet der deutsche Verbraucherschutz Entwicklungsfonds den Verkauf von Anteilen an private Anleger. Deshalb müssen auch „ethische“ Anlagefonds oft de Umweg über Luxemburg gehen. Nun sollen Möglichkeiten geprüft werden, derartige Fonds auch in Deutschland anzusiedeln.

Die *Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)*, Tochterfima der *Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* steht vor dem Dilemma, weiterhin ein privater Akteur bleiben zu wollen, aber ohne staatliche Subventionen nicht im Wettbewerb mit den Entwicklungsbanken mithalten zu können. Dem Koalitionsvertrag lässt sich entnehmen, dass die *DEG* in Zukunft auch an *Blended Finance* teilnehmen möchte.

Ein weiterer Aspekt des Koalitionsvertrags befasst sich mit dem *ESG-Reporting*. Dabei handelt es sich um Umwelt- Sozial- und Governance- Standards für Kapitalanlagen, deren Einhaltung verlangt und überprüft werden sollte. Allerdings ist das Monitoring problematisch, da zahlreiche Daten zu Kreditnehmern gesammelt und einzeln auf die Standards hin überprüft werden müssen. Ob sich der Aufwand der Erarbeitung eines Entwicklungsinvestitionsgesetzes für Unternehmen des deutschen Mittelstands lohnt, ist fraglich. Schließlich ist diese Kapitalquelle im Vergleich zu den institutionellen Investoren nur sehr gering.

## Diskussion

**Frage: Die Zunahme von privaten Investitionen löst doch nicht das Problem der Schuldenfalle, das durch die Vergabe von Krediten entsteht?**

Inzwischen gibt es viele Alternativen für die Finanzierung. So hat Marokko eine Staatsanleihe von 100 Millionen US-Dollar für grüne Investitionen aufgelegt. Das hätten sie vor zwanzig Jahren noch nicht geschafft. Das Verschuldungsproblem wird jedoch erhalten bleiben. Es gibt aber auch ethische Investoren unter Milliardären und Entwicklungsfonds, die auf die Vergabe von Krediten verzichten und wie die Gates-Stiftung nur mit Zuschüssen arbeiten.

**Frage: Blending übt auf die gesamte EZ Druck aus, Projekte rentabel zu gestalten. Eine armutsbekämpfende Wirkung ist bei den wenigsten Blending-Projekten zu sehen.**

Der Einfluss von China verändert die Entwicklungspolitik. Ohne diese Konkurrenz gäbe es die Diskussion um *Blended Finance* nicht. China hat viele Investitionen z.B. in Afrika mittels staatlich abgesicherter und subventionierter Kredite getätigt und stellt sich als Vorbild bei der Armutsbekämpfung zunächst in China und dann auch außerhalb dar.

**Frage: Worin unterscheidet sich *Blended Finance* von früheren Arten der Mischfinanzierung?**

Durch *Blended Finance* werden Haushaltsmittel nun nicht mehr nur mit Eigenmitteln der Entwicklungsbanken, sondern auch mit langfristigem Kapital privater Fonds gemischt. Bisher ist das aber nur in geringem Umfang gelungen. Bei der EU-Blending Plattform werden öffentliche Zuschüsse mit Eigenmitteln

der Entwicklungsbanken gemischt, also weiter das alte Modell ohne nennenswerte private Mittel.

**Frage:** *Wie kann gesichert werden, dass auch nicht- profitable Projekte unterstützt werden?*

Es stellt sich in der Tat die Frage nach den Quellen der finanziellen Mittel, insbesondere für nicht-rentable Projekte. *Blended Finance* setzt dort an, wo die wirtschaftliche Rentabilität möglich ist. Hierfür sollen möglichst viel private und möglichst wenig öffentliche Mittel verwendet werden, um die frei werdenden öffentlichen Mittel (also Steuereinnahmen der Entwicklungsländer und ODA) für die nicht-rentablen Projekte verwenden zu können.